

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd Nr. 47 - 20.12.46

Freie Gewerkschaften

F.S. Die neuen deutschen Gewerkschaften, die nach dem Zusammenbruch des Terror-Reiches wieder erstehen, sind weder durch weltanschauliche noch durch politische Beziehungen gebunden. Sie sind auch in dieser Hinsicht wahrhaft frei, wie sie es seit Beginn ihrer leider allzu wenig bekannten Geschichte ökonomisch waren. Ihre Mitglieder gehören politisch zu allen Parteien oder sie sind parteilos. Sie sind jedoch miteinander verknüpft durch das gleiche materielle und ideelle Interesse, das sie an der deutschen Wirtschaft, an ihrer persönlichen Arbeitsstätte, an der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland und an der Konzeption der wirtschaftlichen Planung diesseits und jenseits der Grenzen haben. Die Gewerkschaften sind mithin kein politisches Instrument im Sinne der Parteipolitik, aber ein Faktor in der Konstruktion einer Wirtschaft, die auf Gerechtigkeit und Vernunft aufbaut. Sie sind seit Jahrzehnten dem Stadium entwachsen, in dem sie nur Arbeiterverein zur Verteidigung von Lohnansprüchen waren. In Deutschland hatten sie noch zu keiner Zeit die Chance, die bestimmende und entscheidende Potenz im Aufbau einer neuen Wirtschaft zu sein. Diese Möglichkeit ist ihnen jetzt geboten. Sie verpflichtet die Gewerkschaften. Sie beruht auf der Einheit der Arbeitnehmerbewegung und auf der Unabhängigkeit und inneren und äusseren Freiheit der Organisationen der Arbeitnehmer aller Kategorien und Wirtschaftszweige.

Der kürzlich in Hannover veranstaltete Kongress der Gewerkschaften aller Zonen Deutschlands, hier zum ersten Male auch von autorisierten Beauftragten aus allen Zonen beschickt war, nahm die Chance wahr, indem er einen unmittelbaren und wirksamen Einfluss auf den Neubau der Wirtschaft und auf die ständige Führung in der Wirtschaft beanspruchte.

Bei der Produktion, Kalkulation, Kontrolle und Verteilung der Ware, so sagte der Kongress in einer Entschließung, müssten die Gewerkschaften und die Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer auf Grund fester Vereinbarungen mitwirken können. Dieses Programm kann nur als ein Schritt auf dem Wege zu dem Ziel betrachtet werden, so möchten wir hinzufügen, bei dessen Erreichen nicht nur die Mitwirkung, sondern die Mitbestimmung der Arbeitnehmerenschaft und zwar nicht nur durch Betriebsvereinbarungen, sondern durch Gesetz festgelegt ist. Je kraftvoller die Gewerkschaften ihre Existenz bezeugen, je deutlicher sie die Interessen und Verpflichtungen der Arbeitnehmer gegenüber einer neuen deutschen Wirtschaft herausstellen, desto wirksamer wird ihre Mitarbeit sein und desto geständlicher wird der oft als willkommenes Schlagwort gebrauchte Begriff Wirtschaftsdemokratie mit echtem Leben erfüllt werden. Die unbedingte und unbeschränkte Gleichheit der Gewerkschaft und der Unternehmervertretung ist die Voraussetzung für eine neue Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland, die den dauernden Wohlstand und eine krisenfeste Beständigkeit sichern müsste. Die Wirtschaft ist nicht um des Gewinnes willen da, sondern zur Befriedigung des Bedarfs der Menschen, denen sie dienstbar sein muss. Es sind eben die gleichen Menschen, die als Arbeitnehmer aller Arten (und als Unternehmer, diese aber in geringer Minderheit) die doppelte Funktion des Produzenten und des Konsumenten ausüben. Sie sind wie niemand anders berechtigt, in einem gerechten Ausgleich aller Interessen den geraden Weg zu einer organisch gesunden Wirtschaftsordnung zu betreten.

Während eines Zeitraumes, der länger als ein Jahrzehnt andauerte, hat das deutsche Volk durch ein verhängnisvolles Experiment erfahren, das die eigene Wirtschaft nicht ohne innige Verbindung mit der Weltwirtschaft bestehen kann. Die Gewerkschaften kannten die lebenswichtige Bedeutung der internationalen Beziehungen vom Beginn ihrer Geschichte an. Sie pflegten sie zunächst aus dem Bewusstsein der Solidarität der Interessen der Arbeitnehmer in allen Ländern. Mit der Ausdehnung der Aufgaben der organisierten Arbeiterbewegung begann sich das Interesse der Gewerkschaften auch auf die Prüfung der Probleme zwischenstaatlicher Wirtschaftszusammenhänge zu erstrecken. Die Internationale Gewerkschaftsbewegung, der die deutschen Organisationen vor 1933 angehörten und der sie in Zukunft anzugehören wünschen, ist das Gegenstück zur "Goldenen Internationale" des Kapitalismus. Sie ist aber zugleich auch die Voraussetzung für eine erfolgreiche Fortsetzung und Beendigung des Kampfes der Arbeitnehmer in den einzelnen Ländern, des Kampfes um Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Ordnung der Wirtschaft aller Länder.

Die aussenpolitische Haltung der französischen Parteien

Von Alfred Frisch - Paris

In den nächsten Wochen werden die Grossmächte sich mit der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages befassen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die aussenpolitische Einstellung der französischen Parteien auch für Deutschland von grösstem Interesse.

Die Aussenpolitik der kommunistischen Partei Frankreichs lässt sich in folgenden Forderungen zusammenfassen: Anlehnung an die Sowjetunion und möglichst freundschaftlichen Beziehungen zu den Westmächten, äusserstes Misstrauen der jungen, deutschen Demokratie gegenüber, Internationalisierung des Ruhrgebietes - ob politisch oder nur wirtschaftlich, ist zur Zeit unbestimmt - zeitlich unbeschränkte Besetzung des Rheinlandes, sehr wesentliche Reparationsleistungen, besonders in Form von steigenden Kohlenlieferungen, wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes an Frankreich.

Die Republikanische Volkspartei (M.R.P.) ist ebenfalls entschlossen, die Unabhängigkeit Frankreichs nach Osten und nach Westen zu verteidigen. Sie wünscht den Abschluss eines französisch-englischen Bündnisses als Gegenstück gegen die Allianz mit Russland. Die Führer dieser Partei sehen die Aufgabe Frankreichs darin, gewissermassen das Gleichgewicht zwischen den anderen Grossmächten aufrechtzuerhalten. Frankreich soll sich nirgends anlehnen und, wo immer möglich, als Vermittler auftreten. Man glaubt, dass Frankreich nur auf diese Weise die Rolle einer Grossmacht spielen könnte. Die offizielle französische Aussenpolitik war bis jetzt von diesem Gedanken getragen. Der Ausschluss der französischen Besatzungszone in Deutschland von der Vereinigung der beiden anderen westlichen Zonen findet dadurch seine Erklärung. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass Frankreich eines Tages gezwungen sein wird, zwischen zwei Lösungen zu wählen, d.h. die Rolle des Vermittlers aufzugeben. In diesem Augenblick wird die Republikanische Volkspartei die Entscheidung wohl auf Grund ihrer ideologischen Einstellung treffen. Im Rahmen der Selbständigkeit Frankreichs wäre die Partei nicht abgeneigt, der Bildung einer europäischen Föderation oder einer westlichen Interessengemeinschaft zuzustimmen.

Die französischen Sozialisten sind ihrer internationalen Tradition treu geblieben, mit der Einschränkung, dass auch sie zu den deutschen Demokraten noch kein volles Vertrauen haben und nur zögernd ihre internationalistischen Grundsätze auf Deutschland anwenden wollen. In den letzten zwei Jahren war die sozialistische Partei die bestimmteste Verteidigerin des Gedankens eines englisch-französischen Bündnisses. Man hat ihr übrigens wiederholt vorgeworfen, zu sehr nach London hin orientiert zu sein. Die sozialistische Politik ist wesentlich europäisch eingestellt. Sie sieht in dem, zumindest wirtschaftlichem Zusammenchluss aller Völker Europas, im Osten sowohl wie im Westen, die einzige positive Lösung des europäischen Problems. Die Sozialisten glauben, dass die Eingliederung eines demokratischen und entwaffneten Deutschlands in eine derartige europäische Gemeinschaft die beste Gewähr für die französische Sicherheit bieten wird. Im Rahmen dieser föderalistischen Ideen würden sie die Bildung eines deutschen Bundesstaates begrüßen. Für die Sicherung der Demokratie in Deutschland halten sie die restlose Aufteilung des Grossgrundbesitzes und die Durchführung weitgehender Soialisierungsmassnahmen für unentbehrlich.

Die Radikalsozialisten, die aus den letzten Wahlen gestärkt hervor-
gingen, waren bis jetzt zu sehr mit innenpolitischen Fragen beschäftigt,
um zu den aussenpolitischen Problemen eingehend Stellung zu nehmen. Der
Vorsitzende ihrer Partei, Edouard Herriot, war stets ein Vorkämpfer
des Friedens im Geiste der von Briand angestrebten Völkerverständigung.
Er ist seinem Ideal treu geblieben und wird wohl auch die Aussenpolitik
seiner Partei in diesem Sinne beeinflussen.

Die rechtsstehende Republikanische Freiheitspartei hat nur eine
rein negative Aussenpolitik vorzuschlagen; den Antisowjetismus. Ihrer
Tradition gemäss müsste sie an sich die kommunistische Deutschland-
politik weitgehend billigen. Wenn sie darin zögert, wenn sie nicht ab-
geneigt ist, die englisch-amerikanische Politik zu unterstützen, ent-
scheidet vor allem der Wunsch, jeder etwa möglichen Anlehnung Frank-
reichs an die Sowjetunion entgegenzutreten.

Die "Charta des Waldorf-Astoria"

Von den Grundlagen des amerikanisch-russischen Uebereinkommens

Die überraschend schnell zustandegekommene Verständigung zwischen
den USA und der Sowjetunion in New York, die man in politischen Krei-
sen als "Charta des Waldorf-Astoria" bezeichnet, wird vom Korresponden-
ten von "Paris-Presse" in New York, Yves Delbars, in erster Linie dem
General Lucius Clay zugeschrieben, der nach New York kam, um Byrnes
über seine in Berlin mit Marschall Sokolowski gepflogenen Verhandlungen
zu unterrichten.

Clay stammt, so behauptet Delbars, aus einer reichen Bankiersfamilie
der Wallstreet und ist mit der Chase National Bank, dem Equitable
Trust und vielen anderen amerikanischen Banken liiert, die seit über
20 Jahren mit der sowjetischen Wirtschaftsorganisation Amtorg zusam-
menarbeiten, in der alle wirtschaftlichen, finanziellen und Handels-
interessen der UdSSR mit den USA vereinigt sind. Aus dieser rein prakti-
schen Beziehung entsprang die amerikanisch-russische Verständigung.
General Clay brachte ausser dem Abkommen mit London über die wirtschaft-
liche Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone noch einen
Plan über eine Verständigung mit Russland über Deutschland und alle Fra-
gen der übrigen besetzten Länder mit sich. Dieses Projekt diente als
Basis für einen Gedankenaustausch zwischen Byrnes und Molotow und am
28.11. erfuhr man, dass Molotow ein Memorandum unterzeichnet habe, das
zum ersten Male seit Yalta die Generallinien eines russisch-amerikani-
schen Kompromisses klarlegte. Nach genauen Informationen enthält dieses
Projekt - immer laut Delbars - folgende Punkte:

Sofortige Senkung des Kriegsbudgets in der Sowjetunion und in den
USA um 52 Prozent.

Schaffung einer Proportion von 3:3:3 in den Kriegsetats der USA,
UdSSR und Grossbritannien.

Zerstörung aller Kriegsschiffe, einschliesslich der Flugzeugträger
mit einer Tonnage von über 6000 Tonnen.

Verbot aller Raketen, schwerer Artillerie und aller chemischen,
biologischen und bakteriologischen Zerstörungsmittel.

Freiheit der Handelsschiffahrt auf der Donau.

Oeffnung aller mitteleuropäischen und Balkanstaaten für den inter-
nationalen Handel.

Vorschläge für Deutschland

Wirtschaftliche und politische Vereinigung aller vier Zonen.
Handlungsfreiheit für alle politischen Parteien.
Schaffung eines Bundesstaates Deutschland unter Bildung von zwölf Ländern, aber mit wirtschaftlicher Zentralisation.
Sofortige Herabsetzung der effektiven Besetzungsstreitkräfte auf eine Gesamtsumme von zwölf Divisionen.
Anerkennung der Beschlüsse von Potsdam hinsichtlich der deutschen Grenzen.
Ablehnung jeder weiteren territorialen Beschneidung Deutschlands, es sei denn mit Einwilligung der betroffenen Bevölkerung.
Anerkennung des Rechtes der UdSSR, Facharbeiter bis zur Höchstzahl von 50 000 zu rekrutieren.
Zubilligung des Rechts an die Sowjetunion, 25 Prozent der industriellen Produktion in den nichtrussischen Zonen für sich in Anspruch zu nehmen.
Die Verhandlungen über die angeführten Fragen waren bereits soweit vorgeschritten, dass Byrnes sich schon am nächsten Tage einverstanden erklärte und Molotow wenigstens seine prinzipielle Zustimmung zum Ausdruck brachte. Die Sowjetunion vertritt den Standpunkt, dass die letzte Ausarbeitung des Planes über Deutschland bei der Moskauer Konferenz durch die Militärschefs in Berlin sichergestellt werden soll.

+

Diese Information, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben und bei deren Verwertung wir grosse Vorsicht empfehlen, trägt stark sensationelle Züge, ist in einzelnen Punkten sehr unklar (Stärke der Besatzungstruppen), in anderen sogar ausgesprochen unglaublich, wie in dem über die Zerstörung der Kriegsschiffe. (b/B10/2012/1/j)

Mysteriöse Saar-Verhandlungen der CDU

Über geheimnisvolle und noch nicht restlos aufgeklärte Verhandlungen des CDU Vorsitzenden Kaiser und des Generalsekretärs der CDU Dertinger mit angeblichen französischen Offizieren über die Abtretung des Saarlandes an Frankreich berichtet vor kurzem der Berliner Vertreter der "New York Herald Tribune".

Danach fanden vor etwas mehr als einem Monat zwischen Kaiser und zwei Herren in französischer Offiziersuniform, die sich selbst als "Vertreter der französischen Regierung" ausgaben, Besprechungen statt, in der die angeblichen französischen Offiziere Jakob Kaiser zu bewegen versuchten, ihnen die Unterstützung der CDU für die Abtrennung des Saargebietes an Frankreich zuzusagen. Würde, so argumentierten sie, die CDU als stärkste Partei in Süddeutschland die Abtrennung befürworten oder sich wenigstens nicht dagegen stemmen, so bestände grösste Aussicht, dass das Saarland nicht wieder zum Streiobjekt in künftigen Jahren und vielleicht sogar zum Anlass eines neuen Krieges werde. Als Gegenleistung sollen nach der "New York Herald Tribune" die angeblichen französischen Unterhändler der CDU zugesichert haben, dass sie für ihre Forderung auf Neuregelung der deutschen Ostgrenze eintreten würden. Außerdem sollen sie versprochen haben, für die Neubildung des französisch-, belgisch-, luxemburgisch-deutschen Eisenkartells einzutreten, dessen Funktionen von den Saargruben abhängt.

Nachdem Kaiser und Dertinger lange allen Fragen über diese geheimnis-

vollen Besprechungen aus dem Weg gegangen sind, gab Dertinger der United Press gegenüber jetzt zu, dass sie stattgefunden haben. Er erklärte, die beiden französischen Vertreter seien von der französischen Militärregierung in Berlin geprüft worden, eigene Nachforschungen deuteten später aber darauf hin, dass es sich um Betrüger handelten.

Brigadier-General Jean Gavencq, der Leiter der französischen Militärregierung in Berlin, stellte demgegenüber fest, dass sein Büro weder von der CDU noch von sonst irgendjemanden um Auskunft über die beiden Herren angegangen worden sei und bestritt energisch jegliches Wissen in der Frage der beiden mysteriösen Unterhändler.
(m/Blo/1912/1/j)

Eine parlamentarische Neuheit in England:

Schichtwechsel im Unterhaus

Die Mitglieder des englischen Unterhauses sind Nacharbeiter geworden. Die Parlamentssitzungen haben sich in den letzten Monaten immer mehr ausgedehnt und zogen sich nicht selten bis in die frühen Morgenstunden hin, sodass mancher Abgeordneter eimickte, weil er vor Übermüdung den Beratungen einfach nicht mehr folgen konnte. Die Schuld für diese Dauer-Sitzungen schiebt man den Konservativen zu. Sie verfolgen damit eine bestimmte Taktik. Sie glauben, durch bewusst in die Länge gezogene Debatten die Vertreter der Labour Party einschläfern und ihre Reihen allmählich so lichten zu können, dass sie die von ihnen eingebrochenen Anträge auch gegen die Labour Party durchbringen und so bei passender Gelegenheit die Regierung zu Fall bringen zu können.

Aber die Labour Party hat die Absicht durchschaut. Sie hat einen regelrechten Schichtwechsel im Unterhaus eingeführt. Alle Labour-Abgeordneten wurden in drei Gruppen eingeteilt, eine Gruppe A, eine Gruppe B und eine Gruppe C. Zwei dieser Gruppen reichen jeweils aus, um im Falle einer Abstimmung die Opposition niederstimmen zu können. Nach einem genau festgelegten Turnus werden diese beiden Gruppen aufgefordert, im Hause zu bleiben, sobald eine Sitzung sich über den normalen Termin, (22,40 Uhr) hinauszieht. Die dritte Gruppe ist "dienstfrei". So kann sich wenigstens ein Teil der Labour-Abgeordneten der wohlverdienten Ruhe widmen, wenn wieder eine der langen Nachsitzungen anhebt. Der Schichtwechsel hat sich bislang ausgezeichnet bewährt und dürfte wohl in absehbarer Zeit auch in anderen Parlamenten Nachahmung finden. (b/Blo/2012/1/j)

Finnlands Sozialdemokraten gegen Kommunisten

Der Sekretär der finnischen sozialdemokratischen Partei, Leskinen, hat in einer aufsehenerregenden Rede den Kommunisten scharfen Kampf angesagt, nachdem sie Zeit hatten, sich in den Augen des finnischen Volkes und vor allem der finnischen Arbeitersassen, zu compromittieren. Leskinen erklärte kategorisch, dass ein fruchtbringendes Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten undenkbar sei. Die Auffassungen über Parlamentarismus und Demokratie seien grundsätzlich verschieden. Während die Sozialdemokraten die Meinungsfreiheit verteidigten, forderten die Kommunisten, dass auch die geringste Kritik mit Hilfe der Polizei erstickt werde. Ziemliche Aufmerksamkeit hat auch Leskinens Erklärung erregt, dass die Soialisierung der finnischen Schlüsselindustrien nicht einen höheren Lebensstandard für die Arbeiter herbeiführen würde. (b/AIO/1712/2/j)

spd Nr. 47 - 20.12.46
Blatt - 7 -

In memoriam Arthur Crispie

von Dr. Oswald Zienau - Zürich

Diesen letzten Novembertag 1946 verschied in stilliem und schmerzlosem Hiniüberschlummern ein lieber und treuer Genosse und liebwerter Freund von so vielen, unser Arthur Crispie im Alter von 72 Jahren. Der stattliche Kreis, der sich um den Verstorbenen versammelte, war so recht die Spiegelung seiner Persönlichkeit: neben seinen engeren Parteifreunden die demokratisch-bürgerlichen Deutschen in der Schweiz wie die Schweizer aus Partei- und Gewerkschaftsbewegung und dem bürgerlich religios-pazifistischen Kreise der "Kreuzritter", dem Crispie nahegekommen ist in den letzten Jahren, die unseren Verewigten in den langen, für ihn viel zu langen Jahren der Emigration haben schätzen und lieben gelernt.

Die Blätter der Schweizer Parteipresse haben in ihren Nachrufen das politische Lebensbild umrissen, die Verbündenheit des Verstorbenen mit der deutschen und seinen Beitrag zur internationalen Arbeiterbewegung dargestellt. Diese Stationen und Daten seines Aufstiegs in der deutschen Sozialdemokratie und sein Wirken in der Internationale müssen wir den Genossen und Freunden in Deutschland nicht in Erinnerung rufen, verkörpert sich doch in dem Verschiedenen ein gut Stück jüngerer Parteigeschichte, die wir Älteren miterlebt haben und die für die Jugend noch zu schreiben wäre. Doch sprechen wir von dem Eifer, gader nimmermüden Hartnäckigkeit und auch Zudringlichkeit, mit der Crispie von der Zeit an, da der Niederbruch Hitlerdeutschlands sich abzuzeichnen begann und bis in die letzten Wochen seines Lebens hinein sich abmühte, in die Heimat zurückkehren zu können, um am Aufbau eines politisch und sozial gefundierteren, sozialistisch orientierten Deutschland teilnehmen zu können.

Vorbildlich die Zurückhaltung und Bescheidenheit seiner Vorstellungen von dieser Anteilnahme: wie wohl bei wenigen nur haben diese Jahre der Zurückgezogenheit, des stillen Insichgehens bei Crispie selbst- und parteikritische Erkenntnisse gezeigt, die für ihn selber wie für die Sache seiner Partei die Konsequenz einer geistig-politischen Neuorientierung selbstverständlich machten. Crispie gehörte nicht zu denen, die innerlich unberührt und mit obendrein betonter Selbstsicherheit an jenem bitteren Jahresbeginn 1933 davon gingen und diesen Schritt durch die Jahre ihrer Emigration als aufgeputzte Heldenat herumboteten und schliesslich noch die Stirn hatten, ihre Rückkehr nach Deutschland an Bedingungen zu knüpfen. Für Arthur Crispie sind die langen Jahre seiner Emigration fruchtbar im Sinne einer sein ganzes Wesen durchdringenden Selbstlärung geworden, die ihn zu unvorstellbarer Anspruchslosigkeit für sich selbst und zu volkommener Selbstlosigkeit im Dienste einer Sache geführt hat...

Wie kaum einer noch ist, im Sinne eines gelebten Sozialismus Arthur Crispie "aller Flüchtlinge Bruder im wahrsten Sinne des Wortes gewesen, einer, der mitträgt und hilft, der sich nicht selbst überhebt und sich nicht mehr dünkt als die anderen - einer, der auch mit seinen jüdischen Leidensgenossen so litt, als ob er einer der Ihren wäre", wie es einmal formuliert wurde. Die Flüchtlinge haben ihm gedankt durch Wahl zum Vertreter auf der grossen Flüchtlingskonferenz in Montreux, die das Schicksal der Flüchtlinge in der Schweiz zum Besseren wandelte. Zur wirklich wirkungsvollen Bekämpfung des Antisemitismus

stellte Crispie die Forderung auf, dass Antisemitismus in allen seinen Formen in allen Landern von Gesetzes wegen bestraft werden müsse, soll diese scheussliche Pest und Geissel mit der Zeit ausgerottet werden.

Die Operation, der unser Freund Crispie sich am 18. November unterziehen musste, diente nach seiner felsenfesten Überzeugung der Wiederherstellung seiner vollen und einer widerstandsfähigeren Gesundheit als unerlässliche Voraussetzung einer Betätigung in Deutschland. Wie unaufhörlich seine Gedanken um die Heimat und die neuen Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie kreisten, dafür einige Zeilen aus einem Brief, den er von seinem Krankenbett noch an den Schreiber dieses Nachrufes richtete in Beantwortung eines Hinweises auf gewisse Vorgänge auf Parteitagungen:

Die... Die Haltung unserer Freunde wäre vielfach sicherer und klarer, wenn es möglich gewesen wäre, vor dem Neuaufbau unserer Partei die nationalen wie internationalen Probleme und Verhältnisse in freien Aussprachen zu klären. Da diese orientierende Aussprache nicht vorher sein konnte, wird sie früher oder später nachgeholt werden müssen. Bis dahin müssen wir unseren Freunden drüben beistehen und, soviel wir nur können, ihnen helfen..... Es ist beschämend zu sehen, wie die sozialistischen Parteien verschiedener Länder so handeln, als hätte es nie die Erkenntnis der internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder gegeben, als hätten sie nationalistischen Hassgesängen Rechnung zu tragen. Die deutschen Sozialdemokraten haben doch in völlig sichtbarer Weise den Nazifaschismus bekämpft, von Anfang bis Ende. Die Haltung verschiedener Bruderparteien der deutschen Sozialdemokratie gegenüber ist also nicht gerecht. Wir dürfen uns vor solcher Verirrung nicht beugen und dürfen auch nicht wie Bitsteller Hintertüren zur Internationale benutzen. Auch diese Fragen müssten ~~zunächst einmal~~ einmal in einer freien Aussprache unter den Sozialisten aller Länder geklärt werden. Lieber keine Internationale, als eine nationalistisch angekränkerte Internationale."

Arthur Crispie musste von uns gehen. Sein drängendster Wunsch ist ihm unerfüllt geblieben: am Neuaufbau seines Vaterlandes und dem Wiedererstehen der deutschen Sozialdemokratie teilzunehmen und die sozialistische Internationale mit Einschluss der deutschen Partei wiederhergestellt zu sehen.

In seinem letzten Brief an seine beiden in Deutschland lebenden verheirateten Töchter bittet der Vater die Kinder und der Freund die Freunde, um ihn nicht zu trauern, denn der Fortgang aus dieser Zeitschicht ist nur der naturbestimmte Ablauf allen Seins in dieser Welt. Statt Kränze und Blumen auf seinem nur sehr einfach gewünschten Sarge wünschte er sich Spenden für Lebensmitteltpakete nach Deutschland.

(b/A 11/2012/1/he)

Vorantwortlich: Fritz Sänger